

Quo Vadis USA? – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

12. Mai 2021

„Zwischenbilanz Biden – Ist der Interventionsstaat zurück?“

Boris Vormann, Bard College, Berlin

Anja Schüler: Hallo und herzlich willkommen zu einer neuen Folge des HCA Podcasts, mein Name ist Anja Schüler. In Washington ist die neue Administration jetzt seit gut hundert Tagen am Werk, und es scheint, als sei Joe Biden genau der Präsident, den die USA jetzt brauchen. In seiner Rede vor dem Kongress vor zwei Wochen wirkte er entschlossen und dynamisch. Die Covid-Impfkampagne hat rasant an Fahrt aufgenommen, infolgedessen zieht in der Wirtschaft und an den Schulen langsam wieder Normalität ein. Jetzt will der Präsident ein Wirtschaftsprogramm auflegen, das gigantische Summen in die Infrastruktur, den Arbeitsmarkt und den Wohnungsbau investieren will, aber auch Subventionen für Kinderbetreuung, bezahlte Elternzeit und einen Ausbau des Pflegesektors vorsieht. Über diese innenpolitischen Vorhaben des neuen Präsidenten wollen wir heute im HCA Podcast sprechen, und ich freue mich sehr, dass für dieses Gespräch Boris Vormann zu Gast ist. Boris Vormann ist Professor für Politikwissenschaft am Bard College in Berlin und Principal Investigator an der Graduate School for North American Studies an der Freien Universität Berlin. In seinen Forschungen hat er sich mit der Globalisierung und deren Auswirkungen auf politische Institutionen und wirtschaftsgeographische Strukturen beschäftigt, mit Staat-Markt-Beziehung, mit Re-Nationalisierung und mit der Entwicklung globaler Städte. Sein aktueller Forschungsschwerpunkt widmet sich der Rolle des U.S.-Staates bei der Schaffung globaler Transportinfrastrukturen. Herzlich willkommen zum HCA Podcast, Herr Vormann.

Boris Vormann: Ja hallo, besten Dank für die Einladung.

Anja Schüler: Wir erinnern uns ja alle daran, dass Donald Trump Joe Biden im Wahlkampf immer "Sleepy Joe" genannt hat, aber jetzt hat der neue Präsident einen starken Start hingelegt. War Joe Biden ein unterschätzter Kandidat?

Boris Vormann: Naja, man darf nicht vergessen, dass Donald Trump ja tatsächlich auch für jeden Kandidaten und für jede Kandidatin ein passendes Adjektiv gefunden hat. Das heißt, so ganz überraschend ist es nicht, dass er auch versucht hat, Joe Biden zu „branden“, gewissermaßen, und ihn als schläfrig und eigentlich zu alt darzustellen. Wir erinnern uns, dass beide Kandidaten sehr, sehr alt sind und dass das selbst schon eine Debatte war, aber wie dem auch sei. Joe Biden hat viele überrascht, und ich glaube, nicht nur Donald Trump und die Republikaner, sondern auch die Demokraten selbst, die in Biden eigentlich so eine Art, naja, „Establishment“ Figur gesehen haben. Jemanden, der das vertritt, was man eigentlich die letzten drei, vier Jahrzehnte so als übliche Politik gesehen hat. Und ich glaube, da hat er schon viele überrascht. Wie er

da angefangen hat, wie schnell er angefangen hat, aber auch die politische Schlagrichtung ist, glaube ich, für viele doch eine Überraschung.

Anja Schüler: Wir haben in den ersten hundert Tagen von Bidens Amtszeit ja tatsächlich eine überraschende Dynamik gesehen, aber er ist natürlich auch mit einem gut vorbereiteten Team angetreten, das sich nicht erst in die Regierungsgeschäfte einfinden musste. Und am Anfang hat man ja oft gehört, dass sozusagen die dritte Obama-Administration jetzt hier antritt. Ist das auch Ihre Einschätzung?

Boris Vormann: Es stimmt natürlich, dass dreiviertel seiner ranghöchsten Kabinettsmitglieder aus der Obama-Administration stammen, das heißt, die konnten tatsächlich gut anfangen, die mussten sich nicht zurechtfinden. Die hatten sozusagen schon Praktikum vor fünf Jahren und waren vertraut mit den Institutionen, mit den Gefügen, wen man sich da zu kontaktieren hat. Das gilt natürlich nicht zuletzt auch für Biden selbst, der natürlich unter Obama eine ganz andere Rolle noch eingenommen hat, der aber, glaube ich, auch viel gelernt hat im Nachgang zur Finanzkrise von 2008. Er war ja auch zuständig dafür, damals die Rettungspakete zu schnüren, und man dachte damals, es sei clever, überparteilichen Konsens zu finden, hat sich da sehr viel Zeit genommen, um auch einige Republikaner mit an Bord zu ziehen. Barack Obama beschreibt das in seiner Biografie sehr, sehr ausführlich, vielleicht ist das sogar die Passage, die am ausführlichsten gerät, und da hat man aber auch Zeit verschenkt. Und ich glaube, Biden war sich klar, zum einen, man müsste schnell handeln und man müsste auch klotzen, nicht kleckern, also gleich mit gewaltigen Summen anfangen, und das hat er dann getan. Also insofern würde ich sagen, ist es kein Obama 3.0, auch sozialpolitisch gesehen, innenpolitisch, auch außenpolitisch. Trump hat die Politik der USA nachhaltig beeinflusst, und ich glaube, Biden befindet sich einfach auf einem ganz anderem Terrain, einem ganz anderen Spielfeld, die Regeln haben sich da verschoben, und er scheint ganz gut dieses neue Spiel zu beherrschen.

Anja Schüler: Klotzen, nicht kleckern ist ja ein gutes Stichwort. Können Sie diese von der Biden Administration geplanten Investitionen vielleicht mal kurz für uns umreißen? Welche neuen Weichen in der Innenpolitik will Biden stellen?

Boris Vormann: Na, zum einen ging es natürlich erst einmal um *Covid Relief*, dass man versucht hat, die Coronakrise anzugehen. Das erste Paket, das er da geschnürt hat, das erste Konjunkturpaket, war 1,9 Billionen Dollar schwer. Das hat er auch durch den Kongress gebracht, über ein gewisses Prozedere. Das werden wir bestimmt später nochmal ansprechen müssen, weil das auch wegweisend ist für die nächsten Schritte, die bevorstehen. Darüber hinaus hat er noch ins Gespräch gebracht ein großes Infrastrukturprogramm von 2,3 Billionen Dollar, das sich jetzt immer weiter ausgeweitet hat. Man hat auch Familienpolitik und KITAS, das hatten Sie schon angesprochen, dann noch mit reingenommen, da ist man jetzt inzwischen bei 4 Billionen Dollar. Also das sind gigantische Summen, gerade wenn man darüber nachdenkt, wie in den letzten vier Jahrzehnten doch immer auf Austerität gesetzt

worden ist und auf fiskalische Konsolidierung, dass man versucht, die Budgets auszugleichen und nichts auszugeben, was man nicht hat, also eine gewisse wirtschaftspolitische Philosophie, die man jetzt überkommen zu haben scheint.

Anja Schüler: Gesundheitspolitik haben wir noch gar nicht angesprochen, das ist natürlich ganz wichtig. Ganz oben auf der Agenda, wir haben es ja schon mehrfach gesagt, stand die Eindämmung der Covid-19 Pandemie. Die Impfkampagne ist ja sehr erfolgreich gelaufen. Aktuell sind dreißig Prozent der amerikanischen Bevölkerung voll geimpft. Was ist das Geheimnis dieses Erfolges?

Boris Vormann: Ja, da ist viel gemutmaßt worden, und man hat da auch mit einem etwas neidischen Blick über den Atlantik geschaut aus deutscher Perspektive, weil man das ja dann doch relativ schnell hinbekommen hat. Also zum einen steht natürlich an, dass Obamacare überarbeitet werden muss. Er möchte das stärken, das Programm, möchte auch zusätzliche Optionen für Patienten anbieten. Also da wird sicherlich noch was Größeres kommen, was momentan aber doch ein bisschen ins Hintertreffen geraten ist. Gleichzeitig muss man auch sagen, dass es auch besprochen worden, dass Donald Trump natürlich eine gewisse interessante Vorarbeit geleistet hat, durch seine *Operation Warp Speed* hat er sehr viele Impfstoffe bestellt. Er selbst hat natürlich damals gedacht, er könnte damals den Präsidentschaftswahlkampf dadurch für sich bestimmen. Nur er hat eine sehr ambivalente Rolle damals auch eingenommen, weil er zum einen versucht hat, die Impfstoffkampagne zu forcieren, zum anderen hat er natürlich auch die bekräftigt, die überhaupt daran gezweifelt haben, dass Corona ein problematisches Virus sein könnte. Und ich glaube, mit dieser Ambivalenz muss Biden jetzt auch zurechtkommen. Wir sehen, dass die Impfkampagne ausgerollt worden ist, sehr schnell, aber dass man sich jetzt auf einer Art Plateau befindet, und die Menschen sich nicht mehr impfen lassen wollen. Und auch dazu hat Trump einen gewissen Beitrag geleistet, also Biden muss da sozusagen ansetzen, wo Trump aufgehört hat. Und die Gesundheitspolitik ist natürlich auch ein Kernbestandteil der gesamten innenpolitischen Sicht, und ich glaube für Biden ist das auch nicht nur Mittel zum Zweck. Ich glaube, er hat eine größere Vision inzwischen entwickelt, wie man versuchen kann, die amerikanische Bevölkerung zumindest ökonomisch wieder zusammenzuführen und gewisse Gräben zu überwinden.

Anja Schüler: Und die Gesundheitspolitik soll dafür ein wichtiger Bestandteil sein. Nun ist es ja auch so, dass diese Maßnahmen dann doch bei den Wählerinnen und Wählern sehr beliebt sind, also Obamacare hat sich ja dann doch als sehr beliebt herausgestellt.

Boris Vormann: Ja, das kommt natürlich ganz darauf an, wen Sie fragen. Man spricht ja nicht umsonst immer von der Polarisierung. Auf republikanischer Seite ist das natürlich eine Politik, die immer angegriffen wird, die gesamte Sozialpolitik wird als Verschwendung gesehen und als Verschwendung von Steuermitteln insbesondere. Da sind auch ganz starke rassistische Obertöne, die so schnell nicht weggehen werden. Aber es stimmt, wenn eine Politik erst einmal durch den Kongress ist, eben auch als

Gesetz und nicht nur als Exekutivanordnung, dann entwickelt sie auch eine gewisse Fürsprache unter der Bevölkerung bei Menschen, die vielleicht davor nicht unbedingt dafür gewesen sind. Und das sieht man tatsächlich auch hier, dass die Gesundheitspolitik doch neue Interessengruppen hat entstehen lassen.

Anja Schüler: Und diese zunehmende Beliebtheit könnte dann auch auf einige andere Bestandteile dieser geplanten Investitionen zutreffen. Werfen wir nochmal einen Blick darauf: Was haben wir bis jetzt gesehen? Einmal-Schecks, höhere Arbeitslosenhilfen, Sie haben es gesagt, das war diese Operation *Rescue & Relief*. Jetzt wird projiziert Kindergeld, mehr Hilfe für die Bundesstaaten und Kommunen, am Ende auch riesige Investitionen in die Infrastruktur. Sehen wir in den USA die Rückkehr des Interventionsstaates?

Boris Vormann: Ich finde das eine sehr spannende Frage. Also zum einen ist ja so, dass der Nationalstaat eigentlich schon für tot erklärt war in den 90er Jahren, dass man nach dem Kalten Krieg gesagt hat, „Ja, das ist eigentlich ein Überbleibsel aus dem 19. Jahrhundert, hat im 20. Jahrhundert viel Schaden angerichtet. Wäre es nicht schön, wenn wir die Nationalstaaten wirtschaftlich aneinanderbinden und dadurch auch für Frieden sorgen würden?“ Und dieses Weltbild, glaube ich, ist inzwischen überholt. Man hat gemerkt, wenn man den Nationalstaat zu sehr sich aus allen öffentlichen Belangen zurückziehen lässt, dann wachsen die Ungleichheiten, dann wächst die Unzufriedenheit, dann nimmt auch die Responsivität, also die Rechenschaft oder die Rechenschaftsbarkeit des Staats ab. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger verlieren auch das Interesse und das Vertrauen in den Staat. Und ich glaube, die Krise, naja, ist ein Grund, eine Ursache für den Trumpismus. Und ich glaube, das hat Joe Biden tatsächlich erkannt und sieht, dass man da jetzt sehr tief in die Tasche greifen muss, um einiges rückgängig zu machen. Das glaube ich schon. Das Interessante im amerikanischen Kontext ist natürlich, dass sich so eine Art Mythologie der staatenlosen Gesellschaft entwickelt hat, also dass man so getan hat, naja, eigentlich seit Anbeginn, seit der Revolution, als gäbe es in den USA keinen Staat, weil beispielsweise man sich vom britischen Empire losgesagt hat, weil man eben keine zentralisierte Macht über sich haben wollte, weil man immer mehr am Markt orientiert, denn am Staat, aber das sind zum großen Teil auch Mythen. Wenn man tatsächlich in die Vergangenheit der USA zurückschaut, gab es immer Momente, wo der Nationalstaat ganz, ganz essentiell dabei war, die grundlegenden Infrastrukturen zu konstruieren, zu bauen, die notwendig sind, um überhaupt erst eine nationale Wirtschaft und dann eine globale Wirtschaft aufzubauen. Also die Hegemonialstellung der USA im 20. Jahrhundert sind ohne den Nationalstaat nicht zu denken. Und ich glaube, da kommt es auch zu einer Realisierung momentan auch im öffentlichen Diskurs, dass der Nationalstaat eigentlich nie weg war. Der hat sich vielleicht von einem Wohlfahrtsstaat in eine Art Sicherheitsstaat verwandelt, aber das allein reicht nicht aus, um eine Demokratie aufrechtzuerhalten. Und deswegen glaube ich schon, man sieht eine Art Gegenbewegung zu der Neoliberalisierung, um das Schlagwort, das vielleicht im Raum steht, zu benutzen, die zu erkennen ist, aber wie

weit das geht, naja, das ist die große Frage, denn der Trumpismus selbst ist auch stark, und es ist ja nicht so, dass plötzlich jeder sagen würde, „Juhu, wir sollten den Interventionsstaat wieder einführen.“ Die Gräben sind auch da tief, und ich glaube, das letzte Wort ist auch noch nicht gesprochen.

Anja Schüler: Das ist interessant, denn wenn wir aus europäischer Sicht über den Interventionsstaat nachdenken, dann sind wir im Grunde genommen oft einem europäischen Wohlfahrtsstaatmodell verhaftet, das sich in den USA weniger findet. Könnten Sie vielleicht nochmal ein Beispiel dafür geben, was diesen amerikanischen Interventionsstaat jetzt ausmachen würde? Von Sicherheit haben Sie schon gesprochen, vielleicht gibt's da noch andere Beispiele.

Boris Vormann: Also ich will nicht zu weit ausholen, aber es gibt eine ganz, ganz spannende Debatte seit, also wenn man sich dafür interessiert, natürlich nur, seit 2008, seit der Finanzkrise, was denn der amerikanischen Nationalstaat eigentlich geleistet hat. Wo er interveniert hat in der Vergangenheit, obwohl man denkt, dass er so klein und residual und minimal ist, und gerade der europäische Blick war da, glaube ich, ein verzerrender. Man hat immer mit dem Blick von Max Weber drauf geschaut, gesagt wir müssen uns die bürokratischen Strukturen, den Staatsapparat angucken, die Drei-Elementen-Lehre war sehr stark, um den Staat zu definieren. Und da gibt es eine ausgeprägte Tradition von Hegel über Tocqueville bis ins 20. Jahrhundert rein, wo die Leute gesagt haben, „Ja, diesen bürokratischen Staatsapparat gibt's in den USA einfach nicht. Es gibt keinen Nationalstaat.“ Und ich glaube, das ist ein Fehler und ich glaube, das ist auch etwas, worüber man sich momentan in der Forschung bewusst wird. Beispielsweise wenn Sie sich auch das Buch von Karen Orren und von Stephen Skowronek anschauen, *The Policy State*. Die argumentieren ja, wir sollten eben nicht auf den bürokratischen Staatsapparat schauen, sondern auf die *policies*, also wir sollten da schauen, wo die Aktion ist, wo die Funktion des Staates ist und nicht so sehr auf den Apparat selbst. Also da gibt's einen verschobenen Blick. Inzwischen sagt man, der amerikanische Staat sollte nicht so untersucht werden wie der europäische Staat. Er muss also im Feld untersucht werden, da wo die Aktion passiert. Und da ist Michael Manns Begriff vom Infrastrukturstaat ganz essenziell gewesen, oder *infrastructural power*. Ich will jetzt nicht zu sehr fachsimpeln, aber die Idee ist eben, dass der Staat es schafft, über Infrastrukturen und über Institutionen ins Leben der Bevölkerung einzugreifen, ganz, ganz maßgeblich. Und deswegen müssen wir auch den amerikanischen Staat inzwischen anders untersuchen. Und Infrastruktur ist natürlich ein ausgezeichnetes Beispiel, nicht nur, weil das mein Steckenpferd ist, aber wir sehen ja bei Biden, wenn diese Art konzertierter, zentralisierter Macht nicht ausgeübt wird in einem Nationalstaat, dann fallen auch die Grundlagen nach und nach auseinander. Dann ist eben eine nationale Wirtschaft, eine global-kompetitive Wirtschaft, nicht möglich. Man hat immer so getan, wenn wir den Staat verkürzen, dann werden wir wettbewerbsfähiger. Das ist aber nicht so. Man braucht eine ausgebildete Staatsbürgerschaft; man braucht die Infrastrukturen, um die Güter möglichst effizient zu bewegen; man muss die Ressourcen ins Land bringen und die

Produktionsstätten unterhalten und so weiter und so fort. Infrastrukturen sind da ganz zentral, und man kann also durch die Linse der Infrastruktur den Staat ganz interessant neu entdecken. Und das versuche ich gerade zu tun, und das versuchen andere natürlich auch.

Anja Schüler: Also ein Beispiel für *infrastructural power* wäre jetzt zum Beispiel der Ausbau, also die maroden Brücken reparieren, die Straßen bauen, aber eben auch zum Beispiel E-Mobilität oder schnelles Internet.

Boris Vormann: Absolut. Genau, jetzt in die Postmoderne übersetzt, wenn man das so sagen möchte, oder in die Gegenwart übersetzt, würde es das natürlich bedeuten. Und Biden spricht ja auch nicht nur davon, dass man jetzt die marode Infrastruktur reparieren muss. Darüber spricht man ja eigentlich schon seit zwanzig Jahren in den USA, und jeder, der mal über eine Brücke gefahren ist, hat vielleicht auch ein mulmiges Gefühl gehabt und nicht ganz zu Unrecht. Das ist tatsächlich ein Problem. Ich glaube, das ist auch ein Ausdruck dieser Idee, dass der Markt dominiert. Das ist natürlich auch eine wirkmächtige Idee. Wenn man die öffentlichen Güter nicht bereitstellt, dann fallen sie aber nun mal irgendwann auseinander. Und was Biden jetzt versucht, ist eben zum einen zu reparieren, aber auch, glaube ich, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen, der auch den Klimawandel angeht und die Digitalisierung vorantreibt. Also es ist eine massive Verschiebung. Wenn ich eine Idee dann noch hinzufügen darf, ich glaube in den USA war es immer dann so, dass der Staat sehr stark intervenieren konnte, wenn es einen äußeren Gegner gab oder wenn es Krieg gab, dann insbesondere. Dann hat man es geschafft, diese individualisierten Tendenzen und Markttendenzen zu überkommen und zu sagen, „Wir müssen hier zusammen anpacken.“ Und im Krieg ist natürlich die Logistik ganz entscheidend. Man muss die Waffen transportieren, man muss die Front versorgen. Und das sind immer die Momente gewesen, wo man massiv Infrastruktur gebaut hat. Wenn man an den Bürgerkrieg 1861-65 denkt, da ist das Eisenbahnnetz gebaut worden. Wenn man an den Kalten Krieg denkt, da sind die Autobahnen gebaut worden. Das war immer in Abgrenzung zu einem äußeren Gegner, dass man es geschafft hat, massive Infrastrukturen zu bauen. Aber wenn man die natürlich nicht warten kann und kein grundsätzliches Verständnis vom öffentlichen Gut hat, dann zerbröckeln die über die Dauer. Und jetzt ist natürlich die Frage: Momentan steht hoffentlich kein größeres Kriegsszenario an, wie soll Biden es da schaffen, die Menschen zu mobilisieren, um den Rückhalt zu finden, solche massiven Paradigmenwechsel herbeizuführen?

Anja Schüler: Ja, aber die Pandemie hat ja doch schon zu einer existenziellen Krise geführt, und in der Hinsicht würde ich jetzt auch gerne nochmal einen kleinen historischen Vergleich mit Ihnen wagen. Seit zwei Wochen ziehen wir ja diese berühmte 100 Tage Bilanz, und das ist ja auch interessant. Dieser Stichtag geht zurück auf Präsident Franklin Delano Roosevelt. Der hat sich also erbeten, „Lasst mich mal 100 Tage machen.“ Und er hat 1933 mitten in der Großen Depression das Land in einer ähnlich existenziellen Krise übernommen, wie wir sie jetzt durch die

Covid-Pandemie sehen. Und Joe Biden ist ja in den letzten Wochen auch oft mit Roosevelt verglichen worden. Wie weit gehen denn die Gemeinsamkeiten?

Boris Vormann: Der Vergleich ist natürlich naheliegend. FDR - viele sagen auch LBJ, Lyndon B. Johnson, 60er Jahre Bürgerrechtsbewegung, die Art und Weise wie da neue Politik geschaffen wurde – aber sowohl bei LBJ, also in den 60ern, als auch bei FDR, bei Roosevelt in den 30ern war es so, dass die beiden Präsidenten Erdrutschsiege bei der Präsidentschaftswahl hatten und dass sie den Kongress auf ihrer Seite hatten. Das heißt, sie hatten ein ganz anderes Mandat da zu regieren, und die äußere Drohkulisse war natürlich auch nochmal eine ganz andere. Vor allem natürlich in den 30er Jahren, wo man gesehen hat, das Proletariat ist nicht unbedingt, um es mal mit den Begriffen auszudrücken, ist nicht unbedingt das revolutionäre Subjekt, sondern kann auch faschistisch werden. Und dann ist man sich, glaube ich, in den USA auch bewusst geworden, dass man den Menschen was anbieten muss und gewisse Teile des öffentlichen Lebens dekommodifizieren muss, dass man also diese öffentlichen Güter anbietet und nicht alles nur über den privaten Markt machen kann. Und ich glaube, da gab es einen ganz, ganz klaren Konsens in den 30ern, wo man sogar bei den Konservativen eingeschwungen ist, so sehr sogar, dass Karl Polanyi dann in den 40ern schreiben konnte, dass man den Liberalismus überwunden hat, den klassischen Liberalismus, und dass man sich jetzt eigentlich in einer historischen Phase befindet, wo man weiß, wie man Märkte steuern und beherrschen kann und sozusagen umverteilen kann. Und ja, das ist schon fast ein Happy End, sozusagen der Geschichte, das er da an die Wand malt. Aber es ist natürlich nicht so gekommen.

Anja Schüler: Der New Deal von Franklin Delano Roosevelt ... tatsächlich, wenn man ihn in heutiger Währung betrachtet, will Biden ja zweieinhalb Mal so viel investieren. Aber es war natürlich auch eine massive Intervention, denn die amerikanische Wirtschaft und der New Deal sollte ja auch das Vertrauen der amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern in ihren Staat wiederherstellen. Strebt Biden mit seiner Politik ähnliches an? Brauchen wir das jetzt – Wiederherstellung des Vertrauen?

Boris Vormann: Das auf jeden Fall. Man muss aber vielleicht auch noch dazu sagen, FDR hat innerhalb der ersten hundert Tage 15 Gesetze verabschiedet, wohingegen Joe Biden nur ein Gesetz verabschiedet hat. Das zeigt vielleicht auch nochmal die Maßstäbe. Und er kann natürlich stärker, konnte stärker regieren und was man noch dazu sagen muss, der New Deal hatte verschiedene Phasen. Das war nicht nur ein Paket, das einmal verabschiedet wurde, und dann war alles Friede, Freude, Eierkuchen, sondern es brauchte auch, und das ist ein anhaltender historischer Konflikt, es brauchte auch den Weltkrieg und die Kriegswirtschaft nach 1938, um die Wirtschaft dann tatsächlich anzukurbeln. Also wie gesagt, das ist ein Streit unter Historiker*innen, der wahrscheinlich auch nie beigelegt werden kann. Aber ich glaube schon, dass wir das nicht vergessen sollten. Naja, und Joe Biden will natürlich das Vertrauen wiederherstellen in staatliche Institutionen, er hat stark angefangen, aber es kann natürlich auch sehr schnell vorbei sein. In zwei Jahren sind dann wieder,

oder in anderthalb Jahren schon, sind dann wieder Kongresswahlen und das, was er jetzt noch geschafft hat, an Paketen zu schnüren, das wird womöglich dann nicht mehr möglich sein. Und vielleicht müssen wir uns dann anfreunden mit zwei Jahren *lame duck presidency* nach 2022/23.

Anja Schüler: Sie haben es jetzt eben schon erwähnt, am Ende hängt Bidens Erfolg natürlich auch davon ab, dass der Kongress diesen Gesetzespaketen zustimmt. Das alles, die meisten Dinge, über die wir heute gesprochen haben, die sind ja noch nicht verabschiedet. Wie stehen denn die Chancen, dass Biden seine innenpolitische Agenda bis zu den Kongresswahlen im nächsten Jahr durchsetzen kann?

Boris Vormann: Also das Paket, das er verabschieden konnte, dieses Konjunkturpaket, über das wir am Anfang sprachen, das hat er geschafft über einen technischen Kniff, nämlich über ein Prozedere, das sich *reconciliation* nennt, und was er da geschafft hat, ist, am sogenannten Filibuster vorbeizukommen, der eine Möglichkeit ist, im Senat für die Opposition Gesetze zu verhindern, indem man einfach sehr lange spricht und die Fristen verstreichen lässt. Das ist ein Detail, das wir vielleicht hier nicht platt treten müssen. Aber er hat es geschafft, sozusagen mit einer einfachen Mehrheit das Gesetz zu verabschieden statt mit einer Zweidrittelmehrheit. Das kann ihm nochmal gelingen, aber es gibt da auch Begrenzungen, wie oft man das machen kann in einem Jahr. Einmal steht ihm wohl noch zu, hat man entschieden an der Stelle, an der das entschieden werden muss. Also das kann durchaus noch sein. Ich finde es auch für ihn hoffnungsvoll, dass seine Umfragewerte sehr, sehr stabil geblieben sind nach dem ersten Paket, auch nach der Ansprache, die Sie anfangs erwähnten, im *Joint Congress*. Also er hat da einen recht stabilen Rückhalt unter seinen Wählern, zumindest denen, die sich nicht abgeschreckt fühlen von der Sozialpolitik von Joe Biden. Also er hat da noch gewisse Möglichkeiten, aber das Mandat ist dünn. Das ist sehr, sehr brüchig und es gibt natürlich auch in den eigenen Reihen Leute, die für sich alles rausschlagen wollen im Kongress, und die also dann an den Hebeln sitzen und als Zünglein an der Waage für den eigenen Staat oder den eigenen Distrikt noch das Beste rausholen wollen, und deswegen ist das natürlich sehr, sehr wackelig.

Anja Schüler: Ja, Joe Biden ist gut gestartet und jetzt geht's so ein bisschen auf die Langstrecke für ihn. Ganz herzlichen Dank, Boris Vormann, für diese Einschätzung, für das spannende Gespräch. Ich möchte auch noch kurz verweisen auf die neue Ausgabe der Zeitschrift *Amerikastudien*, für die Sie ein Interview mit dem amerikanischen Soziologen Richard Sennett geführt haben. Das fand ich sehr lesenswert und vielleicht interessiert das ja auch unsere Hörerinnen und Hörer. Und das war der HCA Podcast für heute. Mein Name ist Anja Schüler und ich bedanke mich auch im Namen meines Teams für Ihr Interesse. Und wenn Sie mögen, hören wir uns in zwei Wochen wieder, dann wird es um den Abzug der U.S.-Truppen aus Afghanistan gehen. Bleiben Sie uns also treu und bleiben Sie gesund.